

Stand: 05.06.2026 20:59:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18222

"Ausbildung im Fachbereich Finanzwesen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18222 vom 25.09.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19475 des OD vom 05.12.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 25.01.2018



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch, Susann Biedefeld, Reinhold Strobl, Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte, Arif Taşdelen SPD**

Ausbildung im Fachbereich Finanzwesen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird gebeten, mündlich im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes zu der von der Bayerischen Finanzgewerkschaft geäußerten Kritik zur Organisation des Studiums zum Diplom-Finanzwirt an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Wie erklärt sich die Staatsregierung die eklatanten Unterschiede in der Benotung zwischen den freien Hochschulen und der Hochschule für den öffentlichen Dienst?
2. Wie will die Staatsregierung sicherstellen, dass auch in Zukunft alle Stellen in den Finanzämtern und den Landesämtern für Finanzen und Steuern besetzt werden, wenn jedes Jahr über 40 Prozent der Studierenden ausgesiebt werden?
- 3a. Will die Staatsregierung die derzeitigen personellen Strukturen an der Hochschule für den öffentlichen Dienst verändern?
- 3b. Wenn ja, bis wann soll mehr Personal eingestellt werden?
- 3c. Wenn nein, warum nicht?
4. Wie beurteilt die Staatsregierung die Problematik, dass durch zu niedrige Einstiegsgehälter im Staatsdienst die Anreize in die Privatwirtschaft zu gehen weiter wachsen?

Begründung:

Der Vorsitzende der Bayerischen Finanzgewerkschaft kritisiert in der Ausgabe der bfg-Zeitung vom September 2017 die derzeitige Situation im Studiengang Diplom-Finanzwirt an der Hochschule für den öffentlichen Dienst mit deutlichen Worten. Anlass dafür ist die erneut niedrige Zahl an erfolgreich abgelegten Diplomprüfungen in diesem Studienfach und die daraus resultierenden Probleme für die personelle Besetzung der Finanzämter und Landesämter.

Die derzeitige Personalausstattung an der Hochschule sei den neuen Standards nicht mehr angemessen, so dass inzwischen auch die Lehre darunter leiden würde. Gleichzeitig sind die Anforderungen an die Studierenden offensichtlich besonders hoch, da an freien Hochschulen regelmäßig bessere Notendurchschnitte erzielt werden. Darüber hinaus ist das Einstiegsgehalt zu niedrig, so dass die Privatwirtschaft häufig leichtes Spiel hat und die besten Bewerber für sich gewinnen kann.

Die einzelnen Punkte, die in dieser Kritik angesprochen wurden, zeigen für sich alleine genommen bereits einen großen Handlungsbedarf im Bereich des Studiengangs. Zusammen genommen können sie jedoch auf eine völlig fehlgeleitete Ausbildungsstrategie hindeuten. Umso wichtiger ist es, dass die Staatsregierung Stellung zu dieser Kritik nimmt und mögliche Verbesserungen benennt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

**Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller,
Günther Knoblauch u.a. SPD**
Drs. 17/18222

Ausbildung im Fachbereich Finanzwesen

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: **Arif Tasdelen**
Mitberichterstatter: **Wolfgang Fackler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 5. Dezember 2017 beraten und aufgrund des in der Sitzung mündlich gegebenen Berichts der Staatsregierung für erledigt erklärt.

Tobias Reiß
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 1 der Anlage zur Tagesordnung. Das ist der Antrag der SPD betreffend "Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!" auf Drucksache 17/17180, der auf Wunsch der Fraktion gesondert beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
 Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!
 Drs. 17/17180, 17/19745 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

2. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD)
 Ländlichen Raum stärken – LEADER-Kürzung zurücknehmen
 Drs. 17/17304, 17/19591 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesamtkonzept für Rückführungen aus Bayern entwickeln
Drs. 17/17480, 17/19601 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 I:
Überarbeitung der Vermittlungs- und Befristungspraxis
Drs. 17/17790, 17/19484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung
Drs. 17/17791, 17/19485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 III: Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung und Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen- bzw. Mindestarbeitnehmerzahl
Drs. 17/17792, 17/19486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 IV: Weiterentwicklung des Transferkurzarbeitergelds hin zum Transformationskurzarbeitergeld
Drs. 17/17793, 17/19487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 V: Teamzeit als reguläre Arbeitszeit
Drs. 17/17794, 17/19488 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Arbeitsgesetzgebung 4.0 VI: Berufliche Weiterbildung stärker fokussieren
Drs. 17/17795, 17/19489 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD
Bayerisches Polizei-Logistikzentrum:
Pro oder Contra? Entscheidungsfindung transparent halten
Drs. 17/18367, 17/19585 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD
Gemeinsam Nordbayern voranbringen. Regionale Zusammenarbeit unterstützen!
Drs. 17/18684, 17/19586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch u. a. SPD
Ausbildung im Fachbereich Finanzwesen
Drs. 17/18222, 17/19475

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären